

> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Interpellation von Hansruedi Wirz, SVP:
Agrarfreihandelsabkommen mit der EU - Ausklammerung von
Obst-, Beeren- und Gemüsebau?**

Autor/in: [Hansruedi Wirz](#)

Mitunterzeichnet von: Ryser

Eingereicht am: 7. Mai 2009

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Seit dem vergangenen Jahr verhandelt der Bundesrat mit der EU über ein Freihandelsabkommen im Agrar- und Lebensmittelbereich (FHAL). Ein allfälliger Abschluss und die Inkraftsetzung würden die Landwirtschaft, vor allem die Obst-, Beeren- und Gemüsebetriebe, aber auch das vor- und nachgelagerte Gewerbe im Kanton Baselland, massiv treffen.

Die Universität St. Gallen hat im Winter 2007/2008 eine Studie über die Auswirkungen eines FHAL auf die Produktion und den Grosshandel von Früchten und Gemüsen durchgeführt. Die Studie machte deutlich, dass der arbeits- und investitionsintensive inländische Obst- und Gemüsesektor von einem FHAL ausserordentlich stark, wahrscheinlich der am stärksten betroffene landwirtschaftliche Produktionszweig wäre. Die wichtigsten Kostenfaktoren wie Lohnkosten, Baukosten, Energie und Wasser werden durch das Abkommen nicht oder nur geringfügig beeinflusst. Die Subventionen der EU sind im Früchte- und Gemüsesektor demgegenüber massiv. Aufgrund dieser wettbewerbsverzerrenden Staatshilfen und den um rund die Hälfte tieferen Arbeitskosten rechnet die St. Galler-Studie mit drastischen Preis-, Einkommens- und Marktanteilsverlusten für die inländischen Obst- und Gemüsebetriebe. 35 - 50 Prozent der Betriebe müssten in der Folge aus der Produktion aussteigen und die Geschäftstätigkeit aufgeben.

Bei den Brennfrüchten und Spirituosen haben wir bereits jeglichen Grenzschutz abgebaut und hier werden die Zahlen der Studie zur Realität.

Wir haben nicht nur einen gravierenden Preiszerfall, sondern wir haben bei den Brennkirschen zusätzlich über 50% Marktanteil verloren.

In der erwähnten Studie nur am Rande thematisiert, in ihrer Wirkung jedoch nicht weniger gravierend sind die zu erwartenden Mehrimporte von Früchten und Gemüsen aus teilweise entfernten EU-Produktionsländern. Sie führen zu vermehrten unnötigen, langen Strassentransporten mit nachteiligen Auswirkungen auf die Umwelt und Ökologie.

Die Regierung des Kanton Wallis hat deshalb und aufgrund der grossen Bedeutung dieses Produktionszweiges für das Wallis im März 2009 den Bundesrat in einer Eingabe aufgefordert, den Früchte- und Gemüsesektor von einem FHAL auszuklammern.

Der Regierungsrat wird gestützt darauf gebeten, die folgenden Fragen schriftlich zu beantworten:

1. Bei der [Beantwortung](#) der [Interpellation von Hanspeter Ryser](#) haben Sie grundsätzlich zum Agrarfreihandel mit der EU Stellung genommen.
Hat sich in der Zwischenzeit die Ausgangslage im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise nicht verändert?
2. Aus einer Studie in Österreich geht hervor: wenn statt Importware 30 Prozent mehr einheimische, bäuerliche Produkte gekauft werden, steigt das Bruttoinlandprodukt jährlich um rund 3.2 Milliarden Euro an und gleichzeitig werden dadurch etwa 30000 Arbeitsplätze geschaffen.

Ist das nicht ein Widerspruch zu ihrer Antwort auf die Frage 1 von Hanspeter Ryser?

3. Ist der Regierungsrat nicht auch der Auffassung, dass der Obst-, Beeren- und Gemüsebau im Kanton Baselland nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch für das vor- und nachgelagerte Gewerbe, für die Arbeitsplätze sowie für das Landschaftsbild von grosser Bedeutung ist?
4. Teilt der Regierungsrat die Meinung, dass die Früchte- und Gemüseproduktion in der Region sinnvoller, ökologischer und naturfreundlicher ist, als diese Nahrungsmittel vermehrt hunderte von Kilometern zu transportieren?
5. Ist der Regierungsrat nicht auch der Auffassung, dass unser Kanton analog zum Wallis beim Bundesrat intervenieren sollte und angesichts der besonderen Betroffenheit des Früchte-, Beeren- und Gemüsesektors und der Bedeutung dieses Sektors für unseren Kanton eine Ausklammerung dieses Produktionszweiges von einem allfälligen FHAL verlangen muss?